

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an Campaigning Bureau²¹⁵ 2015-2021²¹⁶

Campaigning Bureau	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Inneres			88.066	93.229	34.092			215.388
Finanzverwaltung	427	2.700	854		33.192	25.024		
Bildung						50.402		50.402
Wissenschaft und Forschung				27.367	60.974	61.858	594	150.793
Wirtschaft						53.250	12.600	65.849
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus		144.504	119.862	8.640	22.838	48.488	47.362	391.694
Gesamt	427	147.204	208.782	149.012	183.694	239.022	60.556	936.324

Als Leadpartner des Konsortiums *ARGE Nachhaltigkeit* (gemeinsam mit den Unternehmen *Blink* und *Schneider/Minar/Jenwein*) erhielt *Campaigning Bureau* vom Landwirtschaftsministerium einen europaweit ausgeschriebenen Rahmenvertrag für „*Kommunikationsdienstleistungen 2018-2019*“ (mit Verlängerungsoption bis Ende 2021), sprich für PR-Aktivitäten, Betreuung diverser Webseiten und Newsletter, wobei mit Stand Februar 2021 zumindest 356.000 Euro abgerufen worden sind.²¹⁷ Die dreiköpfige Vergabejury war wie in anderen Fällen auch unter anderem mit dem Pressesprecher der ÖVP-Ministerin, Daniel Kosak, besetzt.²¹⁸ Zwei der drei Unternehmen, die sich um den Auftrag beworben hatten, haben zuvor ÖVP-Wahlkampf gemacht.²¹⁹

Nachdem die *ARGE Nachhaltigkeit* den Auftrag erhalten hatte, wurden die diversen Leistungen für „*Strategieberatung, Markenentwicklung, Kampagnensteuerung und ähnliches*“²²⁰ sukzessive abgerufen.²²¹

Auch das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMDW) beauftragte das *Campaigning Bureau*, etwa im Herbst 2020 mit der Erstellung eines Strategiekonzeptes. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die zuständige Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium, der die Rechnung vorgelegt wurde, weder in den Auftrag eingebunden war, noch davon in Kenntnis gesetzt wurde, weshalb sie die Auszahlung auf Basis der angeführten Leistungen verweigerte. Infolgedessen bat das Ministerium das *Campaigning Bureau* ein Angebot nachträglich über die bereits erbrachten Leistungen zu erstellen. Zudem behielten sich die Beamtinnen und Beamten der Abteilung vor, „die Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter des Büro FBM [...] in der Folge auf die Vorgaben des Leitfadens ‘Budget und Budgetvollzug’ hinzuweisen und insbesondere die Bestimmungen zur Vergabe erneut deutlich zu Kenntnis zu bringen“. Frau Bundesministerin Schramböck hatte dazu im Zuge ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss keine Wahrnehmungen.²²² Auch im Zuge des Projektes *#einfach digital* legte *Campaigning Bureau* weitere Angebote in Höhe von 58.000 Euro und 93.600 Euro. In Summe liegen die Aufträge damit klar oberhalb der Schwelle, bei der öffentlich ausgeschrieben werden müsste.²²³

McKinseys Klimaschutzweisheiten für 128.000 Euro

Das BMWD vergab in den Sommermonaten des Jahres 2021 auch einen Auftrag an das Beratungsunternehmen McKinsey, und zwar für die Studie „*Digitalisierung im*



Übersicht über Zahlungen der Ministerien an McKinsey 2015-2021²²⁷

McKinsey	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Finanzverwaltung				90.000				90.000
Wirtschaft (Forschung)		110.000						110.000
Wirtschaft						77.568	77.568	155.137
Gesamt		110.000		90.000		77.568	77.568	355.137

Rahmen der Energiewende am Wirtschaftsstandort Österreich^{.224} Warum es hier, entgegen der gesetzlichen Vorgaben, wieder zu einer Direktvergabe kam, konnte die zuständige Ministerin Margarete Schramböck im Untersuchungsausschuss nicht sagen, da sie „in die Beauftragungen nicht direkt involviert gewesen“ sei.²²⁵ Anmerkend sei hinzugefügt, dass die Studie hauptsächlich aus Stehsätzen wie „ÖPNV stärken“, die „Energieeffizienz erhöhen“, „Photovoltaik, Wasser[...]kraft ausbauen“ besteht, sprich aus Erkenntnissen, die seit mindestens 25, 30 Jahren bekannt sind. Welchen Mehrwert diese 128.000 Euro teure Studie für die Steuerzahler*innen haben soll, konnte Schramböck ebenfalls nicht schlüssig erläutern.²²⁶

Ein Staatsfonds für die superreichen Freunde

Mitten aus den Regierungsverhandlungen 2017 erreichte Sigi Wolf eine SMS von Thomas Schmid. Auf dem Bild ist eine Präsentation zur neuen ÖIAG zu sehen. Ein neuer Eckpfeiler soll der Österreich-Fonds sein: „Dividenderlöse reinvestiert. Strategische Beteiligungen zur Standortsicherung, um Know-How und die Zentralen von international wettbewerbsfähigen Unternehmen in Österreich dauerhaft zu sichern“.²²⁸

Der Plan, den sich Schmid und Wolf zusammengereimt haben: Die ÖBIB bzw. ÖBAG sollte die Dividenden, die sie beispielsweise vom Verbund oder der OMV bekommt, einbehalten. Dadurch würden keine Einnahmen ans Budget zurückgeführt werden müssen und die Verwendung der Mittel wäre jeglicher Kontrolle durch das Parlament entzogen. Schmid als zukünftiger Vorstand und der Aufsichtsrat, dem Sigi Wolf als Vorsitzender vorstehen hätte sollen, hätten mit so einem Staatsfonds über Milliarden von Republiksgeldern verfügt.

Sigi Wolf bestätigte vor dem Untersuchungsausschuss die Pläne rundum den Staatsfonds, wollte aber nicht alleine

dafür verantwortlich gewesen sein, freilich ohne weitere Namen zu nennen.²²⁹

Die ÖBAG wurde schließlich um die Jahreswende 2019 ohne Staatsfonds gestartet. Kurz sah einen solchen eher kritisch.²³⁰ Als Ersatz für den Staatsfonds wurde das Beteiligungskomitee installiert. Mitglied ist übrigens Pernal Freund und Boni-Bezieher Michael Mendel.²³¹

Im Hintergrund wurde für den Staatsfonds allem Anschein nach weiter lobbied, und zwar nicht nur von Wolf selbst, sondern auch von René Benko. Am 11. März 2019 schrieb Wolf an Benko, ob es Neuigkeiten bezüglich seines Telefonats „staatsf.“ gebe. Dieser antwortete ihm, er solle ihn anrufen. Gleich neun Tage später erkundigte sich Wolf wieder bei Benko: „any news für unseren Staatsfonds?“²³²

„any news für unseren Staatsfonds?“

Wolf an Benko

Wolf konnte sich bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss nicht an die Situation oder gar den Inhalt des Telefonats zwischen ihm und Benko erinnern. Auch war er unsicher, ob er Benko vom Staatsfonds erzählt hat. Gefragt, worauf sich denn „unser Staatsfonds“ beziehe, antwortete Wolf lapidar: „Es ist ja auch unser Österreich“.²³³ Benko war im Übrigen über Jahre einer der wichtigsten Kunden der Europa-Tochter der russischen Sberbank. Deren Aufsichtsratsvorsitzender Sigi Wolf ist mit Benko freundschaftlich verbunden.²³⁴

René Benko hatte wenige Monate zuvor bereits Erfahrungen mit Staatsfonds als Financiers seines Unternehmens gemacht. Bloomberg berichtete unter Berufung auf einen Informanten, dass Benko im Herbst 2019 die Staatsfonds von Norwegen und Abu Dhabi angezapft hat, im zweiten